

Gentrification und Kultur

Frank-Olaf Brauerhoch

Es gibt genug Beispiele dafür, wie ehemalige „heruntergekommene“ Stadtviertel zunächst von der „Subkultur“, von Künstlern, Studenten und Experimentierfreudigen „entdeckt“, in Besitz genommen und in der Folge auch für Investoren interessant geworden sind. Am bekanntesten hierfür ist Berlin-Kreuzberg. Der Prenzlauer Berg wird eine ähnliche Entwicklung nehmen, und so weit ich mich auskenne, wird dieses „Schicksal“ auch der Dresdner Neustadt beschieden sein. Gentrification ist dabei ein Prozeß der Veränderung von Bewohnerstrukturen und Quartieren, wie er sich auf internationaler Ebene in vielen kapitalistischen Städten feststellen läßt.

In der „alten Bundesrepublik“ gab München-Schwabing zeitlich vor Berlin ein Beispiel für den Wandel vom „Künstlerviertel“ zum schicken Quartier ab. Als der Prozeß der Gentrifizierung in diesem Münchner Stadtteil abgeschlossen war, wiederholte sich diese Entwicklung in München Haidhausen. In Frankfurt am Main war es das Westend, welches zuerst von den Künstlern, Studenten und Intellektuellen entdeckt, besetzt und anschließend von der Stadtplanung zum „Cityerweiterungsgebiet“ erklärt wurde.

Der Titel dieses Workshops: „Die Stadt ist tot, es lebe die Stadt“, beschreibt eine Entwicklung. Ich werde in meinem Beitrag den Prozeß vom Ende und Wiederaufstieg einer Stadt aufzeigen. Und mein Beispiel Frankfurt am Main, die Stadt, die, so schrieb Gerhard Zwenz *Anfang der siebziger Jahre, als so „unbewohnbar wie der Mond“* erschien und die sich in den neunziger Jahren als „Kulturstadt“ feiert¹, scheint gut geeignet, um den Fall und die Renaissance der Stadt aufzuzeigen.

I. Die funktionale Stadt

In den sechziger Jahren war die „Tertiärisierung“ der Stadt das politische Programm. In Frankfurt am Main entstand der legendäre „Finderplan“, wonach das Westend, bisher gutbürgerliches Wohnviertel, zum „Cityerweiterungsgebiet“ erklärt wurde. Danach sollte entlang der Hauptstraßen der Bau von Bürohochhäusern zugelassen werden. Doch schon vor der Veröffentlichung der städtischen Planungen war das Westend zum Spekulationsgebiet geworden. Einzelne Häuser wurden aufgrund erwarteter Planungsgewinne leerstehen gelassen oder „entmietet“, aber auch von den Eigentümern bis zum Abriß gewinnbringend mit, wie es damals noch ganz unbefangen hieß, „Gastarbeitern“ überbelegt. Zugleich wurden die nicht mehr bewohnten, einst gutbürgerlichen Stadthäuser von Schülern, Studenten und aufgebrachten Stadtteilbewohnern teilweise besetzt. Am Beginn der Konflikte zwischen Haus- und Grundeigentümern, Spekulanten, der Stadtverwaltung und den Bewohnern bildete sich die „Aktionsgemeinschaft Westend“, eine Koalition aus aufgebrachten Westendbewohnern, der Schüler- und Studentenbewegung und Arbeitsimmigranten².

Der amtierende Oberbürgermeister Rudi Arndt (mit Spitznamen „Dynamit-Rudi“, da er die Ruine der später wieder aufgebauten „Alten Oper“ in die Luft sprengen lassen wollte), er gab sich gelassen und begrübte die ersten Besetzungen leestehender Wohnhäuser als „Argumentationshilfe“ für das Vorgehen der Stadt gegenüber Westendspekulanten. Doch daß Bewohnerinteressen

und die Ziele der Stadtplanung weit auseinanderliegen, zeigte sich anlässlich eines Brandes an dem Gerüst des nach seinem Investor benannten „Selmi-Hochhauses“ am „Platz der Republik“. Die herbeieilende Feuerwehr konnte aufgrund zu kurzer Leitern den Brand nicht löschen. Die (kurzzeitige) Ohnmacht der Feuerwehrmänner führte zum *Amusement* der umherstehenden Bevölkerung und die Menge skandalisierte: „Der Rudi ist ein Hampelmann – und der Selmi zieht daran!“.

In den sechziger Jahren wurde die Umwandlung, die Vernichtung und der Abriß von Wohnraum in der Innenstadt durch den Bau von Entlastungstädten am Stadtrand „ergänzt“. Das Leitbild des Funktionalismus, die Trennung der Funktionen von Produktion und Reproduktion, bestimmte die Planungen. Die Stadt als Lebensform existierte nur in ihren einzelnen, getrennten Funktionen. Stadterweiterung bedeutete den Bau von Büro- und Gewerbeflächen in der Innenstadt und von Schlafstätten am Stadtrand. Sind es in Berlin das Märkische Viertel und Marzahn, in München der auf der grünen Wiese entstandene Stadtteil Neu-Perlach, so war in Frankfurt am Main die Nordwest-Stadt das Projekt der Stadterweiterung. Die Trabantenstadt sollte über eine Stadtautobahn und den Bau einer U-Bahn an das Zentrum angeschlossen werden.

Die Verdrängung der Wohnbevölkerung aus den Innenstädten wurde nicht nur mittels der Stadtplanung und dem Bau von Satellitenstädten vorangetrieben, ebenso begünstigte der Neubau von Eigenheimen und die Eigentumsbildung am Stadtrand die „Stadtflucht“. Wer es sich leisten konnte, zog an den Stadtrand, die staatlich propagierte und steuerlich geförderte Eigentumsbildung, der Glaube an ein immerwährendes Wachstum und die Hoffnung auf die durch den Ausbau von Konsum erreichbare „klassenlose Gesellschaft“ ließen die Kleinfamilie und das Eigenheim am Stadtrand zum weit akzeptierten und die Leistungs- und Arbeitsbereitschaft unterstützenden Lebensmodell werden.

Doch zugleich regte sich Kritik an der zunehmenden Normierung des Alltags, an der selbstgefälligen Wohlstandsgesellschaft und den neuen Zwängen des Alltags. Alexander Mitscherlich beklagte die Zerstörung der Innenstädte und die Betonierung des Umlandes durch den Bau von Wohnsilos, an die sich die ungezügelte und stilllose Ästhetik der Eigenheimarchitektur anschließt:

„Das Einfamilienhaus, dieser Nachkömmling der noch stadtbezogenen Villa des späten 19. Jahrhunderts, ist der Begriff städtischer Verantwortungslosigkeit: Dem Bauherrn ist gestattet, seine Wunschträume mit Identität zu verwechseln.“³

II. Die Wiederentdeckung der Stadt

Die verbliebenen Bewohner in den Innenstädten versuchten, zur Kleinfamilie und zum Eigenheim am Stadtrand alternative Lebensentwürfe zu entwickeln: Kommune, Wohngemeinschaft, gemeinsame Kindererziehung, Versuche einer antiautoritären Gesellschaft, neue, selbstbestimmte Formen des Kollektivs wurden ausprobiert und sollten gesellschaftlicher Normierung und Individualisierung entgegenstehen. Dabei bildeten die vergessenen, meist innerstädtischen Wohnviertel die notwendigen Nischen für die

Versuche von Alternativen zum normierten Alltag. Die Bausubstanz, die großzügigen Wohnungsgrundrisse und die Struktur verlassenen Kleingewerbes in den Hinterhöfen boten die Chance für selbstverwaltete Betriebe, Autowerkstätten, Schreinereien, Druckereien und ähnliches. Auch hier ging es um „Kultur, um die Frage, wie wollen wir leben und welche Möglichkeiten läßt uns die gesellschaftliche Ordnung, um unsere Ideen vom besseren Leben auszuprobieren.“

Als die Kosten der Mobilität offensichtlich und das Lebensmodell der Kleinfamilie brüchig geworden war, wurden die Städte als Arbeits- und Wohnort über den Kreis der Studenten- und Alternativbewegung hinaus wiederentdeckt. Die Steuerpolitik begünstigte nun auch den Erwerb von Altbausubstanz als Wohnungseigentum. Und die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ließ neben dem Gewerbe auch die Wohnbevölkerung einer Gemeinde für den städtischen Anteil am Steueraufkommen relevant werden.

Das neue Interesse an der Stadt schlug sich in der veränderten Sanierungskonzepten nieder. Statt der Umwandlung ganzer Wohnviertel in Gewerbequartiere, statt der Flächensanierung wurde nun die „behutsame Stadterneuerung“ eingeführt. Innerstädtische Wohnviertel wurden unter Bewahrung der Altbausubstanz und mit Hilfe von Bundesmitteln und unter Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes „saniert“.

Diese Sanierung unterstützte zugleich die Veränderung der „Subkultur“. Die Nischen wurden weniger. Entweder konnten die Alternativbetriebe und Kinderläden mit der Kommerzialisierung mithalten, (oder staatliche Mittel für sich mobilisieren) oder sie wurden zum Opfer eines Prozesses, den sie selbst mit induziert hatten. Hier setzt eine Veränderung ein, die als Gentrifizierung⁴, als eine Entwicklung vom „Müslis zum Kaviar“⁵ beschrieben wird und die in ihren konkreten Formen vor Ort sehr stark von lokalen biographischen und demographischen Veränderungen abhängig ist⁶.

III. Die Stadt und ihre Kulturpolitik

Auf dem Hintergrund, daß in den siebziger Jahren die Kommunen durch den Zuwachs von Bundes- und Landeskompetenzen zunehmend geringere Handlungsspielräume zugewiesen bekamen und die Kultur- und Städtebaupolitik in Frankfurt eine der wenigen unangefochtenen kommunalen Aufgaben blieb, wurde Kulturpolitik in Frankfurt, so der Oberbürgermeister Walter Wallmann im Jahre 1979, „zum Ferment der Kommunalpolitik“ erklärt.

Walter Wallmann konnte sich die Früchte der Arbeit seiner sozialdemokratischen Vorgänger zu eigen machen. Die Frankfurter SPD hatte bereits auf ihrem Parteitag im September des Jahres 1970 den Wiederaufbau der Opernhausruine zu einem „soziokulturellen Zentrum“ beschlossen. Eröffnet wurde die „Alte Oper“ elf Jahre später (1981) als ein „Monument des Bürgerstolzes“, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerkte. Bei Demonstrationen gegen den Bau der „Startbahn West“ wurde die soeben eröffnete „Alte Oper“ neben den neuentstandenen Bürotürmen der Deutschen Bank zum sensiblen Punkt in der Innenstadt. Inzwischen, zehn Jahre später, ist der Ort durch die Aufführung von TV-Talkshows bundesweit bekannt geworden und große Teile der ehemaligen Demonstranten treffen sich inzwischen als selbstverständliche, zahlende Gäste im Innern des Hauses. Das Programm und die Unterhaltung der „Alten Oper“ wird im Jahre 1991 von der Stadt mit 52 Millionen DM subventioniert, erste Rufe nach der Privatisierung des Veranstaltungsortes werden laut.

Zum Umbauprogramm der Innenstadt gehören auch die neuen Museen am Main, sowie die „Rekonstruktion“ der „Historischen Ostzeile“ auf dem Römerberg zum „Schrecken der Gemütlichkeit“, wie der „Spiegel“ es nannte. Die Geschichtsillusion gegenüber dem Rathaus zerbröckelt nun aber; das „Fachwerk“ kommt auf Grund von Spannungen zwischen den miteinander verbundenen

Materialien Holz und Beton(!) ins Schwanken und muß – allerdings erst nach der Amtszeit von Walter Wallmann – mit Stahlträgern abgestützt werden.

Etwas stabiler scheinen da die anderen Um- und Ausbauprojekte in der Innenstadt. So sollten die erweiterten und neugegründeten Museen am Main das Zentrum eines neuen Identifikationspunktes in Frankfurt abgeben und damit die Stadt für bestimmte Zielgruppen wieder überschaubar werden. Hierfür wurden neue, besondere Orte geschaffen. Einer dieser neuen Orte war neben der Alten Oper und dem Römerberg und neben der „Kunsthalle Schirn“, das Museumsufer. Es sollte (auch) dazu dienen, die Attraktivität Frankfurts als Banken- und Messestadt zu sichern und auszubauen. So schrieb Heinrich Klotz, Gründungsdirektor des am Main liegenden „Deutschen Architektur museums“:

„Wer geglaubt hat, die Frankfurter Museumsbauten seien der Willkür einiger Kulturpolitiker entsprungen, wird sich überzeugen lassen müssen, daß ... ein beträchtlicher Außendruck entstanden war. Die Androhung einiger seit langem in Frankfurt ansässiger Messen, etwa der Automobilmesse, Frankfurt wegen seiner Unwirtlichkeit zu verlassen, hat einen erheblichen Handlungszwang bewirkt.“⁷

Die Museumsneu- und erweiterungsbauten wurden entlang des Mains gestreut, es entstand eine polyzentrische „Museumslandschaft“. Damit wurde das sich in der Lokalgeschichte in der Gründungszeit der Museen durchsetzende Prinzip, statt gemeinsamer Sammlungen, miteinander konkurrierende Einzelinstitute zu gründen, fortgeführt. Dies hat zur Folge, daß „Kulturgeschichte“ in Frankfurt am Main auf verschiedene Häuser verteilt ist. Selbst der von 1970 bis 1990 amtierende Kulturdezernent Hilmar Hoffmann sprach von der Gefahr, daß die Museen am Main „als isolierte Schächtelchen, eins neben dem anderen stehen werden“ und verband dies mit der Hoffnung, daß „die inneren Beziehungen, die über die Geschichte und Gesellschaft allen ihren Objekten inne- wohnen, durch die Zusammenarbeit der Museen zum Ausdruck kommen können“.⁸

Zu dem Problem der „Verhüttelung“ der Kulturgeschichte“, wie ich es an anderer Stelle genannt habe⁹, kommt die Dominanz der Architektur. So steht bei der Erweiterung des Museums für Kunsthandwerk die „schöne Architektur“ von Richard Meier im Widerstreit mit den funktionalen Anforderungen an einen Museumsbau.¹⁰ Der Architekt betonte die stadtgestalterischen, ästhetischen Anforderungen an einen postmodernen Museumsbau und wiederholte am Neubau die großen Seitenfenster der „Villa Metzlar“, die in das neue Museum integriert wurde. Über die großen Fenster sollte, so der Architekt, die lebendige Kommunikation zwischen drinnen und draußen erreicht werden. Doch um die empfindlichen Ausstellungsstücke im Innern des Hauses zu schützen, müssen die Fenster im Neubau abgedunkelt werden, der Ausblick bleibt dem Besucher verwehrt. Das Frankfurter Museum für Kunsthandwerk ist ein Beispiel für die „architektonischen Selbstinszenierungen“ im Museumsbau, „am schönsten war dieses Museum, als es leer war, nur sich selbst genügend“¹¹. Der Museumsarchitekt, besagter Richard Meier, soll sich folgerichtig darüber beschwert haben, daß „sein Gebäude“ nicht leer, sondern mit einer Sonderausstellung eröffnet wurde.

Dies bedeutet, daß sich im Prozeß der Gentrifizierung auch die Struktur von Kultur verändert, wenn man unter „Kultur“ den Prozeß von Produktion, Produkt und Rezeption zusammenfaßt. Die Veränderung der Bedingungen der Rezeption durch die Neugestaltung der Museen zeigt, daß Kultur keine Konstante ist, die als „Mittel“ eingesetzt werden kann, so wie die Programme des Deutschen Städtetages es seit den siebziger Jahren verkünden.¹²

Über den „Umweg Kultur“ wurden ein Innenstadtbereich wiederentdeckt und aufgewertet und zugleich langjährige und neugegründete Kulturinitiativen im Literatur-, Film- und Theaterbereich

wunschgemäß städtischerseits in repräsentativen Häusern untergebracht. Doch nach dem Ende der 20-jährigen Amtszeit von Hilmar Hoffmann als Kulturdezernent hat die Formel: „Kultur für Alle“ ihre einigende (und städtische Mittel nahezu grenzenlos aktivierende) Kraft verloren. Brüstete sich Hilmar Hoffmann damit, in seiner Amtszeit den Kulturetat von weniger als fünf auf elf Prozent der Gesamtausgaben, und damit auf ein Gesamtvolumen von über 500 Millionen gesteigert zu haben, muß seine Nachfolgerin Linda Reisch nun in der Öffentlichkeit um die soziale Legitimität der Kulturausgaben streiten. Unter dem Eindruck des „Rechtsrucks“ bei den Ergebnissen der Landtagswahlen in Baden Württemberg und Schleswig-Holstein, und eingedenk der Tatsache, daß die NPD bereits seit 1989 mit 7 Sitzen (und 6,6% der Wählerstimmen) im Frankfurter Kommunalparlament vertreten ist, beginnen – ein Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen in Hessen – die Grünen und die CDU den städtischen Kulturetat zur Disposition zu stellen. Die dramatische Veränderung der Frankfurter Stadtentwicklung, der Verlust von Gewerbesteuereinnahmen aufgrund von Firmenneugründungen in den „neuen Bundesländern“ und die drohende Absage, die zu gründende Europäische Zentralbank in Frankfurt anzusiedeln, lassen den bisherigen Konsens in der Kulturpolitik brüchig werden.

Doch vor allzu großer Schadenfreude sei gewarnt. Der Verlust von Steuereinnahmen bei gleichzeitig höchster kommunaler Verschuldung pro Einwohner in der Bundesrepublik stellt keine günstigen Rahmenbedingungen für eine „alternative Politik“ dar.

Anmerkungen

- 1 vgl. Erd, Rainer, (Hg.) Kulturstadt Frankfurt, Frankfurt am Main, 1990.
- 2 vgl. Stracke, Ernst, 1980, Stadtteilzerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt am Main. Köln
- 3 so Alexander Mitscherlich in seinem Pamphlet über die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt, 1965, S. 13.
- 4 vgl. die Zusammenstellung der Argumente bei Hartmut Häußermann: Der Einfluß von ökonomischen und sozialen Prozessen auf die Gentrification, in: Jörg Blasius, Jens, S. Dangschat (Hg.) Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt, 1990, S. 35 ff.

Unter dem Prozeß der Gentrifizierung werden ortsunabhängig folgende Phänomene zusammengefaßt:

1. Neue, finanzkräftige Personen ziehen in ein Wohngebiet ein. Dies führt zur Vertreibung der alteingesessenen Wohnbevölkerung, zu Zwangsmobilität und der Zerstörung sozialer Netze. Diese sind aber gerade für die sozial Schwächeren eine wichtige Resource, z. B. für den informellen Arbeitsmarkt und die Organisation von Selbsthilfe. Ein dichtes, lokales Netz der Kommunikation wäre auch sozialpsychologisch wichtig, um die repressive Individualisierung der aus dem Arbeitsmarkt Verdrängten zu kompensieren.

2. Der schnellere Mieterwechsel in den wiederentdeckten Wohngebieten führt zwangsläufig zu höheren Mieten in einem Stadtteil, da bei Neuvermietungen der Mietpreis neu verhandelt werden kann und Klauseln, die die Steigerungsraten regeln, nur für bestehenden Mietverträge gelten.

3. Gentrifizierung bedeutet auch die Verknappung billigen Wohnraums, da der nun in dem Stadtviertel teurer gewordene Wohnraum nicht durch billigen ersetzt wird.

4. Gentrifizierung zielt schließlich auf die „Modernisierung der Sozialstruktur“. Dies ist auch oft das Interesse der Stadtverwaltung, da in der Folge zum einen das Steueraufkommen steigt und damit der kommunale Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer der Wohnbevölkerung. Zum anderen wachsen durch die ortsansässige, konsumstarke Bevölkerung die Umsätze des Einzelhandels, was sich auch positiv auf die städtischen Einnahmen aus der Gewerbesteuer auswirkt.

5. Gentrifizierung dient schließlich auch zur Pflege des lokalen Arbeitsmarktes. So zitierte der im Jahre 1988 amtierende Wohnungsbauminister Schneider einen „Experten“ mit den Worten: „Die knappste Ressource der Zukunft wird nicht das Kapital und auch nicht der Boden sein, sondern der hochqualifizierte, leistungswillige Mitarbeiter, der bereit ist, 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. Metropolen, die im internationalen Standortwechsel bestehen wollen, müssen ein attraktives Umfeld für diese Mitarbeiter bieten.“ zitiert von Otto Schneider, 1980, in: Der Beitrag des Wohnungsbaus zum Wirtschaftswachstum. In: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 142 vom 3.1.1988.

- 5 vgl. Hartmut Häußermann, Walter Siebel, Neue Urbanität, Frankfurt 1986.
- 6 Für die Alternativbetriebe vgl. Haider, Frank, 1988, et. al. „Fast wie im richtigen Leben“. Strukturanalyse selbstverwalteter Betriebe in Hessen. Gießen. Zur sozialen und politischen Struktur „der Alternativbewegung“ in Frankfurt im Vergleich zu anderen Städten vgl. Roth, Roland, 1991, Frankfurt am Main – Skizzen zu einer Bewegungsmetropole, in: Brauerhoch, F.-O. Hg. Frankfurt am Main, Stadt Soziologie und Kultur, Frankfurt, S. 149-167.
- 7 Klotz, Heinrich, 1984: Das neue Frankfurt, Jahrbuch für Architektur, 1/1984, S. 9.
- 8 Hoffmann, Hilmar, 1980: Das Museumsufer ist kein Prestige-Objekt. Vernünftiges Miteinander der Museen statt des Nebeneinanders in isolierten Schächtelchen“, in Demokratische Gemeinde, Nr. 5 / 1980. S. 445-447.
- 9 vgl. Das Museum und die Stadt. Dissertation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe – Universität, Frankfurt am Main, 1992 (Manuskript).
- 10 Gerechterweise muß dazu gesagt werden, daß die jüngsten Museumsneu- bzw. -erweiterungsbauten am Mainufer, das Postmuseum, der Städelanbau und der Erweiterungsbau des Liebieghauses offensichtlich eher wieder den funktionalen Anforderungen an die Museumsarbeit entsprechen.
- 11 Schubert, Hannelore, 1986, Moderner Museumsbau, Köln, S. 19 f.
- 12 vgl. den Überblick über die Programatik bei Uslar, v, 1979, Kulturpolitik des Deutschen Städtetages. Empfehlungen und Stellungnahme von 1952-1978, Köln.

Verfasser: Frank-Olaf Brauerhoch

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.